

1. Allgemeines

Die Frist zur Angebotsabgabe ist **23.06.2026 | 9:00 Uhr**.

Die Einreichung der Angebotsunterlagen erfolgt ausschließlich digital über das Vergabeportal Vergabemarktplatz Westfalen.

Mit dem Angebot sind folgende Angaben und Nachweise vorzulegen:

1. Eignungskriterien: Büroprofil / Qualifikationen

- Die **Tätigkeitsschwerpunkte (Profil) des Büros** sind vorzustellen.
- Die **Zahl und Qualifikationen der Mitarbeiter des Büros** sind zu benennen.
- Der vorgesehene **Projektverantwortliche mit persönlichem Erfahrungsnachweis** insbesondere in vergleichbaren Projekten und die Zahl der für das Projekt vorgesehenen Mitarbeiter sind zu benennen.
- **Nachweis** über die entsprechende **Sprachkompetenz**. Schriftverkehr, sowie die Kommunikation vor Ort erfolgen ausschließlich in der deutschen Sprache.
- Nachweis der Befähigung und **Erlaubnis zur Berufsausübung**

2. Wertungsrelevante Nachweise:

- Informationen über die Qualität bereits geleisteter vergleichbarer Projekte sowie über die Qualität der zu erwarteten Leistungen sollen in Form einer **Referenzliste** eingereicht werden. Diese sollen maximal 5 vergleichbare Projekte umfassen, mit Angabe zu Auftragsort, Auftraggeber, Auftragsgegenstand, Auftragsvolumen und erbrachten Leistungen nach HOAI.
- **Erklärung bzw. Erläuterung über die Präsenz vor Ort**. Eine schnelle Erreichbarkeit und Sicherstellung kurzfristiger vor Ort Termine wirken sich positiv auf die Bewertung aus.

3. Weitere Erklärungen

- Erklärung über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung.
- Eigenerklärung Ausschlussgründe (Form. 521 EU)
- Eigenerklärung Russland Sanktionen (Form. 523 EU)

Bei der Beurteilung der Angebote liegt ein besonderes Augenmerk auf dem Nachweis über Erfahrungen in vergleichbaren Projekten (Referenzlisten des Büros sowie des Projektleiters) – siehe nachstehende Angaben zur Angebotswertung (S.5).

Bieterfragen bis zum Ablauf der benannten Frist sind ausschließlich über das Kommunikationsmodul im Vergabemarktplatz Westfalen zu stellen.

2. Aufgabenbeschreibung

Horn-Bad Meinberg ist eine Stadt im Kreis Lippe im Nordosten von Nordrhein-Westfalen am Rande des Teutoburger Waldes, die insbesondere durch die Natursehenswürdigkeit Externsteine bekannt ist. Auf einer Fläche von ca. 90,16 km² leben zurzeit 17.245 Einwohner verteilt auf 16 Stadtteile. Die Straße „Auf der Moorlage“ in Horn ist eine typische Wohnstraße aus den 1960er Jahren. Die Straße befindet sich in einem schlechten Zustand und benötigt dringend eine Erneuerung. Eine punktuelle Reparatur der Straße ist aufgrund des schlechten Zustandes und der Vielzahl der Schäden nicht nachhaltig und nicht wirtschaftlich. An vielen Stellen befinden sich Risse, Flickstellen und Aufbrüche. Für die Jahre 2026 bis 2028 wurden entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt.

Die Straße „Auf der Moorlage“ im Stadtteil Horn ist eine etwa 1.000 m lange und rund 9 m breite Haupteinfahrungsstraße. Über sie werden mehrere Nebenstraßen sowie Stichwege angebunden. Die Fahrbahn ist asphaltiert; aufgrund des Alters des Belags ist nicht auszuschließen, dass teerhaltige Bestandteile vorhanden sind. Auf der Westseite der Straße befindet sich ein etwa 1,50 m breiter Gehweg mit Plattenbelag, in dessen Bereich sich überwiegend auch die vorhandenen Versorgungsleitungen befinden. Die Straßenentwässerung erfolgt über Straßenabläufe mit Anschluss an den vorhandenen Regenwasserkanal. Eine Straßenbeleuchtung ist vorhanden, muss jedoch im Rahmen der Neuplanung überprüft, optimiert und gegebenenfalls angepasst werden. Die Straße ist Bestandteil des Liniennetzes des lippischen Busbetriebs. Es existieren zwei Haltestellen mit insgesamt vier Haltekanten.

Ziel der Maßnahme ist die Planung und Herstellung einer modernen, leistungsfähigen und nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur unter Berücksichtigung der aktuell gültigen Richtlinien und Empfehlungen des Straßen- und Kanalbaus. Die Maßnahme unterliegt dem Beitragserhebungsverbot des Landes Nordrhein-Westfalen (§ 8a KAG) sowie den entsprechenden landesgesetzlichen Erstattungsregelungen (Förderung).

Im Rahmen der Planung sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Herstellung sicherer und barrierefreier Nebenanlagen (insbesondere Gehwege),
- Ausbau barrierefreier Bushaltestellen,
- Bau einer langlebigen und belastbaren Fahrbahn, insbesondere im Hinblick auf den regelmäßigen Busverkehr,
- Integration von Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung,
- möglichst störungsarme Unterbringung von Versorgungsleitungen in den Seitenräumen,
- Prüfung und ggf. Schaffung von Flächen für den ruhenden Verkehr einschließlich Lademöglichkeiten,
- Modernisierung der Straßenbeleuchtung.

Außerdem wurden im Vorfeld der zu planenden Straßenerneuerung sämtliche Kanalisationsanlagen bestehend aus Schutzwasserkanälen, Regenwasserkanälen und Grundstücksanschlussleitungen mittels TV-Inspektion untersucht. Die Untersuchungen ergaben folgendes Ergebnis:

Neben dem Straßenbau ist vorgesehen 11 Regenwasserhaltungen einschließlich der in diesem Bereich vorhandenen Grundstücksanschlussleitungen in offener Bauweise zu erneuern. Die Gesamtlänge liegt bei rund 271 m Betonkanal DN 300. Ferner ist eine Schmutzwasserkanalhaltung von 52,80 m DN 300 einschl. der Grundstücksanschlussleitungen auszutauschen. Die zu den Haltungen gehörigen Schächte werden mit erneuert.

Nachrichtlich wird darauf hingewiesen, dass außerhalb der Kanalerneuerung bereits im Vorfeld der Maßnahme Schäden an Kanälen in geschlossener Bauweise repariert werden. Voraussichtlich erfolgt dies bereits im Jahr 2026.

Wichtig ist beim Bauvorhaben, dass für den Straßen- und Haltestellenumbau sowie für die Schmutz- und Regenwasserkanalisation getrennte Abrechnungen erforderlich sind und die Ausschreibung entsprechend erstellt wird. Auch beim Honorarangebot ist eine Pauschalierung der Gesamtleistung nicht möglich.

Die Planungskonzepte müssen im politischen Fachausschuss und im Anliegergespräch vorgestellt werden. Dieses umfasst die Vorbereitung einer anschaulichen Präsentation der Planung. Die Dauer der Teilnahme an der Ausschusssitzung und am Anliegergespräch wird für jede Vorstellung auf 60 bis 90 Minuten geschätzt. Aktuell wird von max. 3 Präsentationsterminen ausgegangen.

Zu Beginn der Planung erfolgt eine umfassende Bestandsaufnahme sowie eine Grundlagenermittlung, auf deren Basis die weiteren Planungsschritte aufbauen. Im Zuge der Grundlagenermittlung wird eine Baugrunduntersuchung einschließlich der Ermittlung des Grundwasserstands durchgeführt.

Mit den Planungen soll im Sommer 2026 begonnen werden. Im dritten Quartal des Jahres ist ein Anliegergespräch vorgesehen, in dem die Anwohnerinnen und Anwohner ihre Wünsche und Anregungen einbringen können. Diese werden – soweit technisch möglich und fachlich sinnvoll – in die Planung einbezogen. Im Herbst/Winter 2026 soll das Ausbauprogramm idealerweise in den politischen Gremien beraten und beschlossen werden. Die anschließenden Schritte umfassen die Vergabe der Bauleistungen, die Bauüberwachung, die Bauabnahme sowie die Schlussabrechnung.

Derzeit wird von einer Fertigstellung der Baumaßnahme bis Ende 2028 ausgegangen.

Geforderte Leistungen Verkehrsanlagen:

1. Bestandsaufnahme und Analyse
 - a) Erhebung der aktuellen Verkehrssituation einschließlich Radverkehr, Fußgängerverkehr, Parkmöglichkeiten und Kfz- und Busverkehr
 - b) Bestandsaufnahme der Fahrbahngeometrie einschl. aller Nebenanlagen, Zufahrten und Straßenkreuzungen sowie der Straßenbeleuchtung
 - c) Erstellen von Leitungsplänen und Einbeziehung anderer Ver- und Entsorgungsunternehmen
2. Öffentlichkeitsbeteiligung/Mitwirkungspflicht bei Gutachten
 - a) Durchführung und Beratung von Informationsveranstaltungen für die Anwohner und Nutzer der Straße „Auf der Moorlage“
 - b) Mitwirkungspflicht bei der Leistungsanfrage und Auswertung von Baugrunduntersuchungen
3. weitere/zusätzliche Leistungen
 - a) Objektübergreifende Bauablaufplanung und Koordination des Gesamtprojekts
 - b) Prüfen und Werten von Nebenangeboten
4. Ausschreibung und Vergabe der Straßenbeleuchtung
5. LPH 1 bis LPH 9 mit Ausnahme der LPH 4 (Genehmigungsplanung entfällt) entsprechend der Anlage 13 zum § 47 der HOAI 2021

5. örtliche Bauüberwachung

Geforderte Leistungen Ingenieurbauwerke:

1. LPH 1 bis LPH 9 mit Ausnahme der LPH 4 (Genehmigungsplanung entfällt) entsprechend der Anlage 12 zum § 43/44 der HOAI 2021
2. örtliche Bauüberwachung

3. Honorar/Beauftragung

Das Ingenieurhonorar ist auf der Grundlage der HOAI 2021 anzubieten.

Die Honorarzone wurde auf der Grundlage der Objektliste „Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke“ zugeordnet. Für die Leistungsanfrage gilt die Honorarzone II.

Die Abgabe des Angebotes muss unter Verwendung des beigefügten Formulars zur Honorarkalkulation erfolgen. Für die Honorarermittlung gelten die vorgegebenen vorläufigen Kostenannahmen.

Nach der Rechtsprechung des EuGH und des OLG Düsseldorf sind die Mindest- und Höchstsätze nicht verpflichtend, weil sie europäischem Recht widersprechen.

Nicht geregelte Vergütungstatbestände (Besondere Leistungen) werden entweder pauschal oder prozentual abgegolten.

Stundensätze für Geschäftsführer/Projektleiter, Sachbearbeiter, technische und sonstige Mitarbeiter sowie Messtrupp sind gesondert aufzuzeigen.

Die Beauftragung der Ingenieurleistungen erfolgt stufenweise!

Zunächst werden die Ingenieurleistungen bei Vertragsabschluss nur von Leistungsphase 1 bis 3 beauftragt (Stufe 1). Die weiteren Leistungspakete unterteilen sich in Stufe 2 von Leistungsphase 5 bis 7 und in Stufe 3 von Leistungsphase 8 bis 9.

Es besteht kein Rechtsanspruch auf Beauftragung aller Leistungsstufen. Gleichwohl werden dem Ingenieurbüro im Fall der weitergehenden Planung, die Leistungsstufen 2 und 3 übertragen.

Eine getrennte Vergabe der Leistungen erfolgt nicht! Beauftragt wird das gesamtwirtschaftlichste Angebot.

4. Wertungskriterien

Zum Vergleich der Angebote findet das Verfahren „Lineare Interpolationsmethode“ Anwendung. Der Auftraggeber wird die zu erstellende Angebote dahingehend bewerten, dass die Qualitäten mit allen Einzelheiten mit 20 Punkten und der Preis der Dienstleistung mit 80 Punkten bewertet werden.

Kriterium	Punkte
Preis	Max. 80
Qualitätskriterien: Referenzen und Erreichbarkeit vor Ort	Max. 20
Gesamtpunktzahl	Max. 100

Das Angebot mit der höchsten Punktzahl ist das wirtschaftlichste Angebot.

Preis:

Die Kosten werden in Punkte umgerechnet. Das Angebot mit der höchsten Summe ist das wirtschaftlichste Angebot. Dabei erhält das kostengünstigste Angebot die volle Punktzahl.

$$\text{Kostenpunkte konkretes Angebot} = \frac{\text{doppelte niedrigste Kosten} - \text{Kosten konkretes Angebot}}{\text{Angebot niedrigste Kosten}} \times \text{maximale Kostenpunkte}$$

Qualität:

Anhand des eingereichten Angebots und seiner Bestandteile soll das Kriterium Qualität bestimmt werden. Es können maximal 20 Punkte vergeben werden.

Das Kriterium Qualität unterteilt sich in nachfolgend dargestellte Unterkriterien, die mit der gleichfalls dargestellten Gewichtung berücksichtigt werden.

Unterkriterium	Anteil
Referenzen	10 Punkte
Erreichbarkeit vor Ort	10 Punkte

Die Bewertung der Unterkriterien erfolgt gemäß nachstehender Abstufung:

Referenzprojekte (max. 10 Punkte möglich)

10 Pkt.= 5 Projekte entsprechen den Anforderungen des zu verwirklichen Projektes in Anbetracht des Auftragsgegenstandes, Auftragsvolumen und der erbrachten Leistungen

5 Pkt.= 3 Projekte entsprechen den Anforderungen des zu verwirklichen Projektes in Anbetracht des Auftragsgegenstandes, Auftragsvolumen und der erbrachten Leistungen

1 Pkt.= 1 Projekt entspricht den Anforderungen des zu verwirklichen Projektes in Anbetracht des Auftragsgegenstandes, Auftragsvolumen und der erbrachten Leistungen

0 Pkt. = kein Projekt entspricht den Anforderungen des zu verwirklichen Projektes in Anbetracht des Auftragsgegenstandes, Auftragsvolumen und der erbrachten Leistungen

Erreichbarkeit vor Ort (max. 10 Punkte möglich)

Eine Erläuterung bzw. Erklärung, wie eine schnelle Erreichbarkeit gewährleistet wird, muss dem Angebot beiliegen.

10 Pkt. = ≤ 45 Minuten

5 Pkt. = 46–75 Minuten

0 Pkt. = ≥ 76 Minuten